

## Wie sollen die Parteigruppen in den Gemeindevertretungen arbeiten?

In der Nummer 3/1961 des „Neuen Weg“ kritisieren Teilnehmer eines Bürgermeisterlehrganges in Brandenburg/Plau die Arbeitsweise der Parteigruppen in den Volksvertretungen. Die Genossen haben mit ihrer Kritik völlig recht, denn vielfach ist es besonders in den ländlichen Gemeinden gerade so, wie es in der Zuschrift geschildert wurde. Das hat seine Ursache darin, daß es vielen Genossen Volksvertretern und örtlichen Parteileitungen nicht klar ist, worin die Aufgaben einer Parteigruppe der Volksvertreter eigentlich bestehen.

Uns geht es darum, daß in den Sitzungen der Gemeindevertretungen eine offene, kritische Atmosphäre herrscht und daß sich nach der Beschlußfassung alle Abgeordneten, gleich, welcher Partei oder Organisation sie angehören, an deren Durchführung aktiv beteiligen und dabei die ganze Bevölkerung miteinbeziehen. Die Arbeitsweise der Parteigruppen in den Gemeindevertretungen muß darauf gerichtet sein, daß sich alle Volksvertreter an der politischen Massenarbeit beteiligen, um die Arbeit der Gemeindevertretungen auf ein höheres Niveau zu bringen.

Es wäre nicht gut, wollten wir die Arbeit der Parteigruppen der Gemeindevertretungen in ein starres Schema pressen. Notwendig ist aber, daß sie durch die Orts- und Kreisleitungen eine gute, den jeweiligen konkreten örtlichen Verhältnissen entsprechende Anleitung für ihre Arbeit erhalten. Ein wichtiges Problem für die Arbeitsweise der Parteigruppen besteht darin, durch gute politisch-ideologische Arbeit unsere Genossen Volksvertreter zu größerer Aktivität zu erziehen. Noch längst ist nicht allen Genossen in den Dörfern die Rolle

der Gemeindevertretungen im System unserer sozialistischen Demokratie klar. Das kam besonders zum Ausdruck, als in unserem Bezirk sich alle Bauern für die genossenschaftliche Arbeit entschieden hatten. In einigen Gemeinden, zum Beispiel im Kreise Zossen, führte das dazu, daß ein halbes Jahr und länger keine Gemeindevertretersitzungen durchgeführt wurden. Die Genossen waren der Meinung, daß das nicht mehr nötig sei, da ja nun alle Bauern in der LPG seien und dort alles, also auch die staatlichen Aufgaben der Gemeinde, beraten und beschlossen werden könne. Ihnen war gar nicht bewußt, daß sie die Gemeinde damit ihres höchsten staatlichen Machtorganes am Ort beraubten. Niemals kann die örtliche Volksvertretung durch ein anderes Organ, etwa den Vorstand oder die Mitgliederversammlung der LPG, ersetzt werden. Hätte es über die Rolle und die Aufgaben unserer staatlichen Organe in der örtlichen Parteiorganisation klare Auffassungen gegeben, wäre es auch nicht zu dieser falschen Meinung in der Parteigruppe und damit auch in der Gemeindevertretung gekommen.

Das Jahr 1961 soll zum Jahr der guten genossenschaftlichen Arbeit werden. Wir werden das erreichen, wenn wir verstehen, mit Hilfe der Gemeindevertretungen und der Ortsausschüsse der Nationalen Front alle Einwohner in den Gemeinden dafür zu mobilisieren. Die Volksvertreter der Gemeinde Mahlow im Kreis Zossen haben hier schon den richtigen Weg beschritten. Sie begannen, mit allen Mitgliedern der LPG zu beraten, welche konkreten Aufgaben 1961 zu lösen sind. In der Parteigruppe der Volksvertretung setzten sich die Genossen mit denen auseinander, die ihren